



# HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

**Samstag**  
**15. Juni 2019**

Zeitung für die Region  
Heilbronn-Franken  
Hohenlohe  
Kraichgau

Nr. 137 · 2,20 Euro

## Tarifrunde: Warnstreiks bei Kaufland

Zentrale Verdi-Kundgebung vor  
der Deutschlandzentrale

**NECKARSULM** In der Einzelhandels-Tarifrunde hat die Gewerkschaft Verdi am Freitag bundesweit 165 der 670 Filialen des Lebensmittelhändlers Kaufland bestreikt. Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich rund 2000 Beschäftigte an der Aktion, knapp 500 aus dem süddeutschen Raum kamen zu einer Kundgebung vor die Deutschlandzentrale des Unternehmens in Neckarsulm. „Wir müssen Schluss damit machen, dass der Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird“, kritisierte Stefanie Nutzenberger vom Verdi-Bundesvorstand das Lohndumping in Teilen der Branche. Verdi fordert eine Lohnerhöhung um 6,5 Prozent, die Arbeitgeber bieten bislang in zwei Schritten 2,9 Prozent. Die dritte Verhandlungsrunde am Mittwoch war ohne Ergebnis geblieben.

Der Handelsverband Baden-Württemberg kritisierte die Aktion. „Warnstreiks dieser Art treffen vor allem die Verbraucher und gefährden in einer Zeit, in der sich der Handel in der größten Transformation seiner Geschichte befindet, noch mehr Arbeitsplätze“, sagte ein Sprecher. *mfd/dpa* Seite 25

## Bei den Freilichtspielen ist es herrlich ehrlich



**Neuenstadt** Es wird gelacht und geweint, gescholten und beschuldigt, gefrotzelt und beleidigt, dass es eine Wonne ist: Freitagabend feierte „s'Konfirmandefescht“ bei den Freilichtspielen Neuenstadt Premiere. Foto: Andreas Veigel/Seite 25

## Kommentar



Von Stefan Lange

Die große Koalition zeigt sich nach langem Stillstand doch noch handlungsfähig.

## Fortschritte

Es gibt offenbar noch Hoffnung für die Große Koalition. Am Freitag jedenfalls zeigten sich Union und SPD handlungsfähig wie selten in den letzten Wochen und brachten gleich mehrere Vorhaben auf den Weg, die das Leben erleichtern können.

Nach dem erfolgreichen Verlauf der Auktion von 5G-Mobilfunkfrequenzen will die Regierungskoalition dafür sorgen, dass das schnelle Internet auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Um die bundesweit bestehenden Funklöcher zu stopfen, soll eine Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes geschaffen werden. Die pflanzt dann Mobilfunkmasten in bisher unversorgte Regionen.

Auch bei der Grundsteuer gibt es Bewegung. Kanzlerin Angela Merkel jedenfalls zeigte sich zuversichtlich, dass es kommenden Mittwoch einen Kabinettsbeschluss dazu geben wird. Damit ist die Reform der Grundsteuer noch nicht in trockenen Tüchern. Aber es gibt die gute Chance, dass diese wichtige Einnahmequelle für die Kommunen nicht einfach so Ende des Jahres auslaufen muss, weil sich Union und SPD nicht einigen konnten. Einnahmen könnte auch die Finanztransaktionssteuer bringen. Die Grundlagen für eine Erhebung dieser Abgabe auf Aktiengeschäfte ab 2021 seien gelegt, frohlockte Finanzminister Olaf Scholz. In der Wohnungspolitik ist ebenfalls Bewegung. Merkel rechnete beim Deutschen Mietertag vor, dass die Regierung in dieser Legislaturperiode 13 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau, fürs Baukindergeld und für die Städtebauförderung zur Verfügung stellt. Die SPD wirft gerade einen Mietendeckel für fünf Jahre in die Debatte.

Nach dem Abgang der SPD-Fraktionsvorsitzenden und SPD-Parteichefin Andrea Nahles hatte es zunächst noch so ausgesehen, als ob die Groko Wochen und Monate brauchen würde, um sich zu sortieren. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Union und SPD müssen nun aber beweisen, dass der aktuelle Zustand nicht nur ein Strohhalm ist, das bald wieder erlischt.

# Golfkrise schürt Sorge um Wirtschaft

**BERLIN** Zwischenfälle im Golf von Oman sorgen für Auf und Ab beim Ölpreis – Spritkosten könnten steigen

**E**in sich verschärfender Konflikt im Golf von Oman könnte der Weltwirtschaft nach Ansicht von Ökonomen einen weiteren Dämpfer verpassen und auch deutsche Exporteure belasten. Nach den mutmaßlichen Angriffen auf zwei Tankschiffe nahe der ölreichen Region waren die Ölpreise zwar zunächst gestiegen. Das deutliche Plus war aber nur von kurzer Dauer. Am Freitag gaben sie einen Teil der deutlichen Gewinne wieder ab. Die Auswirkungen auf Benzinpreise waren zunächst unklar. Der Außenhandelsverband BGA warnte vor einer Eskalation und steigenden Ölpreisen, was erheblich auf die globale und deutsche Wirtschaft durchschlagen würde.

Die Umstände der schweren Zwischenfälle blieben zunächst mysteriös. Was sich auch an den Märkten widerspiegelte: Die Ölpreise knüpften am Freitagmorgen noch an den Höhenflug vom Vortag an, drehten

im weiteren Handel aber in die Verlustzone. Ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent kostete mittags 61,14 US-Dollar – 17 Cent weniger als am Donnerstag. Der Preis für ein Barrel der amerikanischen Sorte West Texas Intermediate fiel um 23 Cent auf 52,05 Dollar.

**Reflex** „Am Ölmarkt machte sich als Reflex sogleich Sorge um Lieferunterbrechungen breit, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Preise“, kommentierten Experten des Bankhauses Metzler. Nach Einschätzung des Rohstoffexperten Frank Schallenberg von der Landesbank Baden-Württemberg bleiben die Auswirkungen einzelner Attacken auf Öltanker in der strategisch wichtigen Region begrenzt.

Steigende Ölpreise könnten für Autofahrer zu höheren Kraftstoffpreisen führen. Zwar hängt der Benzinpreis an der Tankstelle nach Angaben der Mineralölwirtschaft nicht

„Ein Anstieg des Ölpreises ist Gift für die ohnehin angeschlagene Weltwirtschaft.“

Holger Bingmann

## Schuldzuweisung

Präsident Donald Trump hat bekräftigt, dass die USA den Iran für den Urheber der mutmaßlichen Angriffe auf die Schiffe halten. „**Sie haben es getan**“, sagte Trump in einem Interview des Senders Fox News. Der Iran hat jegliche Verantwortung von sich gewiesen. Die von US-Außenminister Mike Pompeo vorgebrachte Beschuldigung sei „lächerlich, gleichzeitig aber auch besorgniserregend und gefährlich“, sagte Außenminister Abbas Mussawi. *dpa*

direkt am Ölpreis. Wenn er aber steigt, steige meistens auch der Produktpreis für Benzin und Diesel. „Und das kommt dann auch an der Tankstelle an“, sagte der Sprecher des Mineralölwirtschaftsverbandes, Alexander von Gersdorff.

**Tankstelle** „Entscheidend für den Benzinpreis an der Tankstelle ist allein der Einkaufspreis für Benzin im Großhandel – also ab Raffinerie“, betonte er. „Und der kann mit den Bewegungen des Öls übereinstimmen, muss es aber nicht.“ Der Ölpreis bilde die Basis für den späteren Produktpreis. Der Verbandsprecher verwies darauf, dass zurzeit die Ölpreise deutlich niedriger seien als vor einem Monat.

Deutschland beziehe aus der betroffenen Region vor allem Öl. „Ein Anstieg des Ölpreises ist Gift für die ohnehin angeschlagene Weltwirtschaft“, sagte BGA-Präsident Holger Bingmann. *dpa* Seiten 2, 3

## Bewegung bei der Reform der Grundsteuer

**BERLIN/KÖLN** Die Aussicht auf individuelle Länderregelungen für die Grundsteuer hat der festgefahrenen Diskussion über die notwendige Reform neuen Schwung verliehen. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur konnten sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und das Land Bayern zwar bereits auf einen Kompromiss verständigen. Dieser scheint aber wegen Gegenwehr aus anderen Ländern noch keine Grundlage für eine große Einigung innerhalb der großen Koalition zu sein. Überraschend kündigte Kanzlerin Angela Merkel am Freitag bei einer Versammlung des Deutschen Mieterbunds an, dass ihr Kabinett sich am nächsten Mittwoch mit einem Gesetzesentwurf befassen werde. *dpa*

## Service

Bei der Telefonaktion der Heilbronner Stimme drehte sich alles um das Thema Fondssparen. Seite 9

## Kultur

WKO-Konzert mit der Klaviersolistin Mariam Batsashvili in der Heilbronner Harmonie. Seite 7

## Sport

Auch Beck muss weg: Der VfB Stuttgart sortiert nach dem Abstieg weiter die Routiniers aus. Seite 17

## Region

Zeag Energie AG hat in ihr Wasserkraftwerk in Heilbronn eine Million Euro investiert. Seite 26

## Demonstrative Einigkeit

Regierungsfractionen rücken enger zusammen

**BERLIN** Die Koalitionsfraktionen von Union und SPD haben ein klares Bekenntnis zur weiteren Zusammenarbeit abgegeben und wollen als eines der nächsten Projekte den Ausbau des Mobilfunknetzes vorantreiben. Zudem fassten die Spitzen der Regierungsfractionen am Freitag in Berlin erste Beschlüsse zur geplanten teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie zur besseren Versorgung in der Pflege. Beide Seiten sprachen von einer harmonischen Atmosphäre auf ihrer Klauertagung.

Die Mobilfunkversorgung in Deutschland soll lückenlos werden. Dazu sollte eine neue Mobilfunk-Infrastrukturgesellschaft des Bundes für den Bau von Mobilfunkmasten in unversorgten Regionen eingerichtet werden. Der Bund solle mit der neuen Gesellschaft dort eingreifen, wo der privatwirtschaftliche Ausbau nicht funktioniert, hieß es in einem Papier. In der Pflege stellten sich die Fraktionen hinter das Ziel der Bundesregierung, die schwierigen Zustände in der Pflegebranche durch höhere Löhne und weniger Bürokratie zu verbessern. Es war das erste Spitzentreffen der Koalition nach den Niederlagen bei der Europawahl und dem Rücktritt von Andrea Nahles (SPD). *dpa* Seite 4

**Kommentar „Fortschritte“**

## Keine Waffen mehr

Innenminister wollen durchgreifen

**KIEL/STUTTGART** Reichsbürger und Mitglieder anderer verfassungsfeindlicher Gruppen sollen nach dem Willen der Innenminister keine Erlaubnis zum Waffenbesitz mehr erhalten. Bereits erteilte Genehmigungen sollen leichter eingezogen werden können. Die Innenminister wollen „die gesetzlichen Grundlagen mit dem Ziel prüfen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer solchen Vereinigung zur waffenrechtlichen Regelunzuverlässigkeit führt“. Federführend bei dem Thema war der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU), der die Einigung mit seinem niedersächsischen Kollegen Boris Pistorius, dem Koordinator der SPD-Länder, vorantrieb.

Die Minister sprachen auch darüber, wie sichergestellt werden kann, dass Reichsbürger, Extremisten und „Menschen mit Clanhintergrund“ nicht Polizeibeamte werden. Ein Beschluss wurde aber nicht gefasst. Eine Möglichkeit sei eine Überprüfung der Bewerber etwa in den Daten des Verfassungsschutzes, so Pistorius. Es gehe nicht darum, Menschen mit einem bestimmten Familiennamen zu stigmatisieren, sondern darum, Menschen, „die aktiv in einem kriminellen Familienclan unterwegs sind“, aus der Polizei herauszuhalten. *dpa* Seite 5

ANZEIGE

Leser werben Leser

**Jetzt Prämie sichern!**

Leser werben Leser

www.stimme.de/lwl

Wetter in der Region		
Samstag 15 bis 26 Grad	Sonntag 15 bis 21 Grad	Montag 12 bis 26 Grad

Schnell gefunden	
Fernsehprogramm	Seite 24
Kultur	Seiten 6, 7
Roman	Seite 21
Wetter & Termine	Seite 16

**Ihr direkter Draht zu uns**  
Tel. 07131 615-615 · Mo.-Do. 7-18 Uhr,  
Fr. 7-17 Uhr, Sa. 8-12 Uhr